

das wichtigste

REIF FÜR DIE INSEL

Stahlindustrie vor Streik

IG Metall: Tarifgespräche für westdeutsche Beschäftigte gescheitert. Arbeitgeberofferte gleicht nur Inflation aus

SPROCKHÖVEL afp/dpa ■ Die westdeutsche Stahlindustrie steht erstmals seit 27 Jahren wieder vor einem Arbeitskampf. Die IG Metall erklärte die Tarifverhandlungen für die rund 85.000 Beschäftigten am Mittwoch im nordrhein-westfälischen Sprockhövel für gescheitert, nachdem zuvor auch die fünfte Gesprächsrunde ergebnislos verlaufen war. Über die von der IG-Metall-Tarifkommission beantragte Urabstimmung will nun am Dienstag der Vorstand der Gewerkschaft entscheiden; erste Streiks könnte es dann ab dem 23. Mai geben.

Die Verhandlungen waren Mittwochnacht abgebrochen worden, nachdem die Tarifparteien laut IG Metall trotz einer verbesserten Arbeitgeberofferte keine Annäherung erzielt hatten. Die Stahl-Arbeitgeber boten demnach 2,4 Prozent mehr Lohn und Gehalt bei einer Vertragslaufzeit von 19 Monaten; außerdem sollen die Beschäftigten an den nordwestdeutschen Stahlstandorten eine Einmalzahlung von 800 Euro erhalten. Die Gewerkschaft nannte das Angebot „völlig unzureichend“ und will weiter 6,5 Prozent mehr Lohn durchsetzen. IG-Metall-Verhandlungsführer Detlef Wetzel sagte, angesichts der von den Arbeitgebern angestrebten Vertragslaufzeit von 19 Monaten werde durch die angebotenen Lohnerhöhungen lediglich die Inflationsrate ausgeglichen.

IG-Metall-Vize Huber machte die Arbeitgeber für einen möglichen Streik verantwortlich. „Die Stahlindustrie boomt wie seit Jahrzehnten nicht mehr, die Vorstände haben ihre Bezüge ausnahmslos zweistellig erhöht. Aber die Arbeitnehmer wollen sie mit einer Lohnerhöhung unter der Inflationsrate abweisen“, so Huber. Damit liefert die Arbeitgeber den Beweis für die Notwendigkeit der Kapitalismusdebatte.

■ Guido Westerwelles Beitrag zur aktuellen Debatte: „Wer Deutschland für kapitalistisch hält, hält Kuba auch für demokratisch“, tonte er auf dem FDP-Parteitag. Knapp über 80 Prozent gab es dafür bei Westerwelles Wiederwahl. Heute darf es dann auch um Bürgerrechte gehen – ein wenig

FDP will großen Wurf

AUS KÖLN BETTINA GAUS

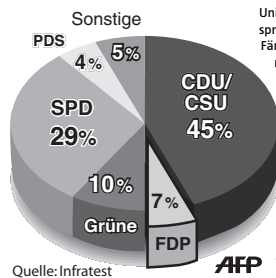
80,1 Prozent der 662 Delegierten des FDP-Parteitags in Köln wollen Guido Westerwelle auch künftig als Parteivorsitzenden sehen. Dieses Ergebnis der gestrigen Wahl ist für eine Abstimmung ohne Gegenkandidaten zwar nicht strahlend, aber doch

ohne Gegenkandidaten zwar nicht besonders hoch gehängt – aber eben doch aufgehängt. Er selbst wurde in seinem Amt mit nur 76,6 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Rainer Brüderle bekam 81,0 Prozent. Mit bitteren 60,5 Prozent musste sich die dritte Stellvertreterin, die scheidende Generalsekretärin Cornelia Pieper zufrieden geben.

den, optimistischen, fröhlichen Rheinländer gewählt. „Nächst wollen die Liberalen gemeinsam mit der CDU die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen ablösen. Diesem Ziel hofft Westerwelle mit besonders scharfer Kritik an den Grünen näher zu kommen. Nur die „sehr Reichen“ könnten sich deren Politik leisten. Grüne trieben die Steuern in die Höhe, vernichteten Arbeitsplätze und betrieben mit öffentlich geförderten Seminaren „grüne Kumpeln“ zur Bedienung der eigenen Klientel.

Obwohl die FDP-Spitze behauptet, den Kampf um Bürgerrechte wieder mehr in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen zu wollen, lag der Schwerpunkt der Parteitage von Guido Westerwelle auf dem Gebiet der Ökonomie. Er erneuerte seine umstrittene Kritik an den Gewerkschaften, deren Führungspositionen er als „funktionärische Kaste“ bezeichnete.

Westerwelle verurteilte die Eingriffe der Gewerkschaften in die unternehmerische Freiheit und warf der SPD vor, mit ihrer Kapitalismuskritik mögliche Investoren aus Deutschland zu vertreiben. „Wer Deutschland für kapitalistisch hält, der hält Kuba auch für demokratisch.“ Es geht hierzulande ein Übermaß an staatlicher Bevormundung und Kontrolle. „Wir wollen einen starken Staat als Liberale, aber stark ist aus unserer Sicht der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert.“



Union und FDP bauen ihren Vorsprung vor Rot-Grün weiter aus. Fände die Bundestagswahl kommenden Sonntag statt, würden sich 45 Prozent der 1.512 Befragten für die CDU/CSU entscheiden, ermittelte Infratest dimap. Das ist ein Plus von einem Prozentpunkt gegenüber dem Vormonat. Auch die FDP kann sich um einen Punkt auf 7 Prozent verbessern. Dagegen verliert die SPD einen Punkt und steht nun bei 29 Prozent. Die Grünen erreichen wie Ende April 10 Prozent. TAZ



Premier Tony Blair vor drittem Wahlsieg

LONDON dpa ■ Der britische Premier Tony Blair steht bei den Unterhauswahlen vor einem historischen Sieg. Darauf deuteten gestern vor Schließung der Wahllokale alle Umfragen hin. Es wäre das erste Mal in der britischen Geschichte, dass Labour einen dritten Wahlsieg in Folge erringt. Rund 44 Millionen Briten waren aufgerufen, über die Zusammensetzung des nächsten Parlaments abzustimmen. Nach einer gestern publizierten Umfrage für die Zeitung Evening Standard bekäme Labour 38 Prozent, vier weniger als bei der letzten Wahl. Blair könnte mit einer komfortablen Mehrheit von gut 110 Sitzen weiter regieren. Die Konservativen um Parteichef Michael Howard verharren laut Umfrage bei 33 Prozent, dem gleichen Ergebnis wie 2001. Die Liberaldemokraten, strikte Irakkriegsgegner, können ihren Stimmenanteil um fast fünf Prozent auf 23 Prozent steigern.

Karlspreis für Ciampi Für seine Verdienste in der Europapolitik hat der italienische Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi gestern in Aachen den Internationalen Karlspreis erhalten. Ciampi sei ein großer Europäer, sagte Bundespräsident Horst Köhler in seiner Laudatio über den 84-Jährigen: „Er trägt die europäische Fackel unermüdet weiter.“

respektabel – und entsprach fast punktgenau der Zielvorgabe, die ein anderer FDP-Spitzenpolitiker vor einigen Tagen öffentlich verkündet hatte. 80 Prozent der Stimmen sollte Westerwelle bei seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden schon bekommen, meinte FDP-Vize Andreas Pinkwart vor einigen Tagen. Damit hatte er die Latte für eine Abstimmung

Das kann auch als indirekte Ohrfeige für Westerwelle gewertet werden, der intern durchaus nicht unumstritten ist und dessen Gewerkschafts-schelte ihm noch in den letzten Tagen öffentliche Kritik von Parteifreunden und von Unionspolitikern eingetragen hatte. Der FDP-Vorsitzende gab sich dennoch kämpferisch. „Sie haben einen lebensbejahen-

Gedenkmarsch in Auschwitz

AUSCHWITZ epd ■ In der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau haben sich gestern rund zwanzigtausend Menschen an einem „Marsch der Lebenden“ beteiligt. Darunter waren Überlebende des früheren Konzentrationslagers sowie vornehmlich junge Menschen aus allen Teilen der Welt. Sie gingen die drei Kilometer lange Strecke vom Lagerort mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ zum Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Polens Premier Marek Belka und Israels Ministerpräsident Ariel Scharon gingen anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren an der Spitze des Zuges. Den „Marsch der Lebenden“ gibt es seit 1988.

Zwei Explosionen in New York

NEW YORK dpa ■ Zwei kleine Explosionen vor dem britischen Generalkonsulat in Manhattan haben die Angst vieler New Yorker vor neuen Terroranschlägen geschürt. Obwohl niemand verletzt wurde und nur einige wenige Fenster barsen, habe der Anschlag am Tag der Wahlen in Großbritannien die „Verwundbarkeit“ der Millionenmetropole „dramatisch vor Augen geführt“, so die Medien. Die mit Schießpulver gefüllten Sprengsätze in Form eines Apfels und einer Ananas waren in einer als Blumenkübel genutzten Betonabsperrung vor dem Eingang versteckt. Zur Zündung der Sprengsätze bekannte sich zunächst niemand.

KÖLN taz ■ Die Liberalen wollen den Grünen Wähler abjagen. Als Mittel zum Zweck haben sie die Bürgerrechte wiederentdeckt. Als „Bürgerrechtsparteitag“ wurde die noch bis morgen laufende Veranstaltung in Köln schon apostrophiert, bevor das dem Bundespräsidenten Horst Köhler abgelesene Parteitage-Motto „Arbeit hat Vorfahrt“ feststand.

Am Auftritt des Parteichefs Guido Westerwelle allerdings war gestern nicht zu erkennen, ob denn auch den Bürgerrechten ein wenig liberale Vorfahrt gewährt werden soll. Gemessen an Redetext und Redezeit nahmen die Aspekte Datenschutz und Versamm-

lungsfreiheit vielleicht ein Zwanzigstel ein. Davon war wiederum die Hälfte dem seit April teilweise aufgehobenen Bankgeheimnis gewidmet. Allein dieses rot-grüne Gesetz zur Förderung der Steuererlichkeit versprach Westerwelle

„Närrisch sind diejenigen, die meinen, die Grünen seien liberal“, meint Westerwelle

nach einem Regierungsantritt wieder rückgängig zu machen. Zur Einschränkung des Versammlungsrechts, mit der eine rot-grün-schwarze Bundestagsmehrheit das Abbilden von Neonazis rings um Brandenburger Tor und Holocaust-

Mahnmal am 8. Mai verhindern wollte, sagte der FDP-Chef: „Ich glaube nicht, dass man den Radikalismus dadurch bekämpfen kann, dass man die Versammlungsfreiheit für alle Bürger einschränkt.“ Der Leitartikel des Parteivorstands zur Innen- und Rechtspolitik soll heute verabschiedet werden. Die Verwendung des „genetischen Fingerabdrucks“, also der DNA-Analyse zur Strafverfolgung „darf nicht zur Standardmaßnahme werden“, heißt es darin. Die FDP kritisiert außerdem, dass biometrische Daten ohne Federlesens in Ausweisungspapieren aufgenommen werden sollen, obwohl der Bundestag nach dem 11. September 2001

hierfür enge Regeln formuliert hatte. Die Zunahme der Telefonüberwachung, die staatliche wie die private Videoüberwachung und auch die Schleierfahndung werden skeptisch gewürdigt. Das Informationsfreiheitsgesetz zur Akteinsicht für Bürger wird angemahnt.

Ob die Liberalen mit ihrem Forderungskatalog bürgerrechtlich an den Grünen vorzuziehen, wird sich an der Energie messen lassen, mit der die einen wie die anderen zum Beispiel die detailreichen Datenschutzprobleme öffentlich erörtern. Die Kampfansage formulierte Westerwelle gestern so: „Närrisch sind diejenigen, die meinen, die Grünen seien liberal.“ ULRIKE WINKELMANN

portrait



Die Festnahme von Abu Faradsch al-Liby feierten die Regierungen Pakistans und der USA als wichtigsten Schlag gegen das Terrornetz al-Qaida seit 2003. Er gilt als Vertreter Bin Ladens FOTO: REUTERS

Über keinen Libyer dürften sich US-Präsident George W. Bush und Pakistans Machthaber Pervez Musharraf in letzter Zeit so gefreut haben wie über

Al-Qaidas mutmaßliche Nummer drei

Abu Faradsch al-Liby. Denn seine Verhaftung in Pakistans autonomem Stammesgebiet entlang der afghanischen Grenze gaben die pakistanischen Behörden am Mittwoch bekannt. Details nannten sie nicht. Pakistanischen Medienberichten zufolge wurde Faradsch alias Dr. Taufik bereits am Mon-

tag von Armee und Geheimdienst bei Mardan, 50 Kilometer nördlich von Peschawar, nach einem Hinweis gefasst. Sein herausragendes Identifi-

ist, ob und wieweit US-Agenten involviert waren.

Pakistans Behörden machen Faradsch für zwei Attentatsversuche auf Musharraf im De-

zember 2003 verantwortlich. Der General blieb zwar unverletzt, doch 17 Menschen starben. Wichtiger ist jedoch die Faradsch zugeschriebene Führungsrolle im Terrornetzwerk al-Qaida. So soll der 42-jährige hinter Ussama Bin Laden und dem ägyptischen Arzt Aiman al-Sawahiri die Nummer drei im

der Hierarchie gewesen sein. Diese als Operationsleiter bezeichnete Position soll er eingenommen haben, nachdem sein Mentor Khalid Scheich Moham-

med im März 2003 verhaftet worden war. Dieser soll maßgeblich die Anschläge vom 11. September 2001 geplant haben. Pakistan hatte auf Faradsch eine Belohnung von umgerechnet 260.000 Euro ausgesetzt und ihn auf Steckbriefen zu den sechs meistgesuchten Terroristen des Landes gezählt. Merk-

würdigerweise fehlte sein Name auf der FBI-Liste der meistgesuchten Terroristen, weshalb manche Beobachter bezweifeln, dass er wirklich so wichtig war. US-Präsident Bush sagte jetzt dennoch, Faradschs Verhaftung beseitige „einen gefährlichen Feind, der eine direkte Bedrohung für Amerika“ darstelle.

Da Faradsch als persönlicher Freund von Bin Laden gilt, mit dem er in den 90er-Jahren im Sudan lebte, bevor er 1996 nach Afghanistan übersiedelte, versprechen sich die Geheimdienste von ihm nähere Hinweise über Bin Ladens Aufenthaltsort. SVEN HANSEN